

Investitionsbooster für grünen Wasserstoff und grüne Moleküle schaffen – wirksam und kosteneffizient

Deutschland steht heute in einer starken Abhängigkeit von Energieimporten: Rund 80 % des Primärenergieverbrauchs wird durch fossile, molekülbasierte Energieträger gedeckt – mitunter aus instabilen Regionen. Hinzu kommen marktuntypische, hochvolatile Preise bei konventionellem LNG, deren grundlegende Ursache in der starken Abhängigkeit Deutschlands von wenigen Anbietern liegt. Das gefährdet dauerhaft die wirtschaftliche Stabilität und Versorgungssicherheit Deutschlands.

Um unsere Position als starkes Industrieland zu festigen, muss die Menge des benötigten fossilen Gases kontinuierlich reduziert und durch Biomethan, RfNBO e-Methan und grünen Wasserstoff ersetzt werden. Das verbessert die Resilienz der heimischen Wirtschaft ganz gezielt. Die große Chance liegt dabei in der Stärkung von Industrien, die diese „Resilienz-Technologien“ in Deutschland selbst entwickeln, produzieren und betreiben. So können neue, zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen und bestehende Beschäftigung in anderen Branchen gesichert werden.

Um diese Chance zu nutzen, sollte die Bundesregierung eine stabile Wasserstoffnachfrage organisieren und kurzfristig drei Maßnahmen ergreifen:

1. Ambitionierte THG-Minderungsquote im Verkehr und RfNBO-Unterquote jetzt verabschieden:

Der vorliegende Referentenentwurf zum THG-Minderungsquotengesetz bietet eine sehr gute Grundlage und zeigt grundsätzlich in die richtige Richtung. Nun braucht es einen schnellen politischen Beschluss, um umfangreiche Investitionen zu ermöglichen und abzusichern. Damit werden wichtige konjunkturelle Impulse ausgelöst.

2. H₂-ready Backupkraftwerke als Ankerkunden im H₂-Kernnetz etablieren:

Für die Gesamtheit der ausgeschriebenen Kraftwerksleistung sollte ein verbindlicher Dekarbonisierungspfad festgelegt werden. Dieser sollte nachvollziehbare und zugleich ambitionierte Vorgaben für die Umstellung auf Wasserstoff ab Inbetriebnahme enthalten und über Zwischenschritte mit dekarbonisierten Gasen das Ziel der Versorgung mit grünem Wasserstoff und seinen Derivaten festschreiben. Für einen fairen Wettbewerb zwischen Standorten in Nord- und Süddeutschland sollte sowohl ein physischer als auch ein bilanzieller Bezug von H₂ innerhalb Deutschlands möglich sein.

3. Umsetzung einer Grüngasquote jetzt anstoßen:

Zahlreiche Umsetzungsvorschläge für die im Koalitionsvertrag verankerte Grüngasquote liegen bereits auf dem Tisch – aus Verbänden, Ministerien und auch aus den Reihen der Regierungsparteien.¹ Jetzt gilt es, auf Basis der vorhandenen Konzepte die Umsetzung einer

¹ Ausgewählte Positionspapieren zum Thema Grüngasquote: [Bengt Bergt und Andreas Rimkus \(beide SPD\)](#), [Thüga AG gemeinsam mit 63 kommunalen Unternehmen](#), [Gas und Wasserstoffwirtschaft](#).

Grüngasquote zügig und entschlossen einzuleiten. Nach einer Einführung im Jahr 2026 soll die Grüngasquote ab 2027 verbindlich Wirkung entfalten.

Deutschland hat weiterhin die Möglichkeit, bis 2030 eine Elektrolysekapazität von 10 GW zu errichten und die verbindlichen EU-Vorgaben aus der RED III zu erreichen. Die gute Nachricht: Hersteller, Projektentwickler und Netzbetreiber haben bereits Kapazitäten aufgebaut und stehen bereit. Die Planung einer Versorgung über das H₂-Kernnetz, H₂-Verteilnetze und in dezentralen industrienahen Clustern erfolgt bereits. Zudem existieren erprobte und bewährte Infrastrukturen für den Im- und Export dekarbonisierter und grüner Gase – weitere sind im Bau. Außerdem ist Deutschland Technologieführer bei grünem Wasserstoff und der Elektrolyse. Ein stabiler Heimatmarkt ist dabei der Schlüssel, um Exportchancen für deutsche Wasserstofftechnologie zu schaffen – gerade auch für internationale Projekte, die künftig Wasserstoff nach Deutschland und Europa liefern sollen.

Die Chancen liegen auf der Hand – jetzt müssen wir sie ergreifen.